**ISOR extra** Informationsblatt der TIG Rostock des Vereins *„ISOR“ e.V.*
Ausgabe 11/26 - November/2026

## Unser Blick zurück auf die DDR

Mit über 20 Teilnehmern fand am 15.10.26 im MGH Evershagen unsere thematische Veranstaltung mit Dr. Henning Schleiff und der Liedermacherin Bea statt. Henning steuerte grundsätzliche Informationen zum Thema aus seiner Sicht als früherer Oberbürgermeister von Rostock bei und wusste auch auf entsprechende Fragen Details zu erläutern, die nicht immer der breiten Öffentlichkeit bekannt wurden. Es entspann sich eine angeregte Diskussion über unser eigenes Erleben der DDR, besonders in Rostock. Dabei war es interessant, zu erfahren, wie bestimmte Entwicklungen in der Stadtverwaltung wahrgenommen wurden und wie darauf reagiert wurde. Gewürdigt wurde die DDR als die bisher größte Kulturtat des deutschen Volkes. Die Liedermacherin Bea hatte einige Titel herausgesucht, die das Thema schön umrahmten. Mit der dritten Strophe unserer Nationalhymne „Glück und Frieden sei beschieden …“ setzte sie einen angemessenen Schlusspunkt.

## *Eine Reise nach Russland*

Die stellvertretende Vorsitzende unseres Vereins Anja Mewes, die gleichzeitig dem Verein „Friedensglockengesellschaft“ vorsitzt, hielt am 24.10.26 im In Via Lütten Klein einen Vortrag über eine Reise nach Russland, die sie gemeinsam mit 10 anderen Mitgliedern einer Reisegruppe Mitte des Jahres unternommen hatte.
Diese Veranstaltung wurde von ISOR gemeinsam mit RotFuchs veranstaltet und bot




Gelegenheit, auch unser neues „Roll-up“, eine bedruckte, ausrollbare Folienfläche in der Öffentlichkeit mit dem Logo von ISOR und dem Gegenstand der Aktivitäten des Vereins darzubieten. Eine Premiere für unsere TIG, was den Auftritt in der Öffentlichkeit betrifft.
Anja stellte einleitend die Friedensglockengesellschaft e.V. vor und erläuterte das Spektrum von deren Tätigkeit anhand umfangreichen Fotomaterials. Schließlich gab sie den Bericht über die Reise, die über Kaliningrad nach Moskau und St. Petersburg und wieder zurück führte. Auf großes Interesse stieß ihre Darstellung der Zusammentreffen mit russischen Bürgern. Diese hatten in Gesprächsrunden zum Ausdruck

gebracht, dass sie einen baldigen Frieden herbeisehnten, jedoch auch ziemlich geschlossen hinter Wladimir Putin ständen. Für die weitere Fortführung der Kampfhandlungen bestünde jedoch nur ein begrenztes Verständnis. Auswirkungen des Krieges auf die allgemeine Versorgungslage ließen sich nicht feststellen. Jedoch fehle den Gesprächspartnern jegliche Kenntnis über die aktuelle Kriegshetze in Deutschland.
In der Diskussion wurden auch intensiv Erfahrungen ausgetauscht über die technischen Möglichkeiten der Organisation solcher Reisen, so dass zwei Stunden schnell vergangen waren.

*Am 20.10.2026 lief auf dem MDR eine Folge des Magazins „Umschau", in welcher u.a. die Frage der Rentengerechtigkeit im Gefolge des Einigungsvertrages thematisiert wurde. Vorgestellt wurde dabei auch der „Runde Tisch für Rentengerechtigkeit" mit unserem Mitglied Dietmar Polster. Der Beitrag ist noch in der Mediathek unter* **https://share.google/Mru4ixIVS9XKtagdw** *einsehbar.*
*Unsere Thematik wird ab Minute 33:00 bis Minute 44:25 gezeigt. Auf das spezielle Problem der MfS-Renten wir jedoch nicht eingegangen.*




Der Verein „RotFuchs" informiert, dass am 07.11.2026 um 10.00 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Reutershagen, Etkar-André-Straße 53a der Dokumentarfilm **„Nordstream – die Sprengung"** gezeigt wird. Der ursprünglich avisierte Dokumentarfilm „NAZA" steht leider noch nicht zur Verfügung. Dessen Vorführung erfolgt später.

Der Verein bittet bei Teilnahme um eine Spende.

Durch die TIG Rostock unseres Vereins ISOR unterstützt, organisiert der Verein **RotFuchs** eine Weihnachtsveranstaltung am **13.12.2026** um **15.00 Uhr** im MGH **IN VIA** Lütten Klein mit Glühwein und einem Buchbasar des Eulenspiegelverlages sowie einem Programm von Tino Eisbrenner unter dem Titel: ***„Heinrich Heine – Deutschland. Ein Wintermärchen"***

„Hast Du etwa geglaubt, der Friedenskampf wird einfach? Oder es geht schnell, den Frieden zu erreichen und hat sich dann erledigt? Oder die Kriegstreiber und Waffenlobbyisten geben auf?"
Unter diesem Motto findet vom 27.-29.11.2026 das „5. Denkfest der Aktiven" im Ferienpark Retgendorf unter Teilnahme von prominenten Politikern, Künstlern, Journalisten und Schriftstellern wie Egon Krenz, Patrik Baab, Ramon Schack u.v.a.m. statt, zu dem Henry Marek und Tino Eisbrenner einladen. Details findet Ihr unter:
https://www.ferienpark-retgendorf.de/aktuelles/denkfest-vom-22-bis-24-maerz-2024/ .

***Wir gratulieren***
***allen Geburtstagskindern***
***des Monats November ganz herzlich zu ihrem Ehrentag***

**zum 92.** Karl Mandel
**zum 83.** Dieter Bally
**zum 81.** Ernst Kaminski

**zum 80.** Irmgard Süßmilch
**zum 79.** Sigrid Johannßon
Evelyn Benzner

**zum 77.** Udo Buchsteiner
**zum 72.** Wolfgang Schab

**Wir gedenken unseres Freundes**
**Hermann Achterberg,**
**der am 31.07.2026 im Alter von 96 Jahren verstorben ist.**

**Impressum:** *ISOR extra* wird herausgegeben von der territorialen Initiativgemeinschaft Rostock des Vereins „ISOR". Die Inhalte dienen der Information der Mitglieder und können nicht als rechtsverbindliche Auskünfte gegenüber Behörden verwandt werden. Für namentlich gezeichnete Beiträge sind die Autoren verantwortlich.

**Vorsitzender:** Uwe Johannßon, (0381) 82757, 0171-2734013, uwe.johannsson@t-online.de
**Hauptkassierer:** Rainer Wolf, (0381) 1205819, mmwolf@online.de
**Kontoverbindung der TIG: ISOR e.V. Berlin**
**DE98 1305 0000 0201 1196 50**
**AG Mitgliederbetreuung/Redaktion Informationsblatt:** Gerdt Puchta, (0381) 69 82 58, 0176-83092980, gerdt.puchta@gmx.de
**Redaktionsschluss für Dezember**: 28.11.2026

# DER ROTE AUFBAU

(RFB)

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

## Mitgliederinformation

des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V.;
1995 mitgegründet durch Irma Gabel-Thälmann.
Korporatives Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e. V. (OKV)
und im Freundeskreis „Ernst–Thälmann–Gedenkstätte“ Berlin-Ziegenhals e.V.

**Nr. 158 – 05/26**
**Abgabepreis: 0.00 Euro**

**November 2026**
**Spenden willkommen!**




Matthias Werner, Präsident okv am 7.10.2026, Verlesung Willenserklärung

# Willenserklärung der Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. vom 7. Oktober 2026

Wir, die Teilnehmer der heutigen Veranstaltung aus Anlass des „77. Jahrestages der Gründung der DDR“, haben uns versammelt, um wie seit 36 Jahren gegen die Politik der deutschen Regierung zu protestieren und unser Engagement für Frieden, Antifaschismus und soziale Gerechtigkeit zu dokumentieren. Im OKV gehört seit seiner Gründung 1994 der Kampf für diese Ziele zu seinen wichtigsten Aufgaben. Mit den Erfahrungen des ersten deutschen Friedensstaates sind wir stolz darauf, seine konsequente Friedenspolitik in die Zukunft zu tragen. Die Entwürdigung und Verächtlichmachung der Lebensleistung der Menschen im Osten ist seit der Annektion unserer Heimat politisch gewolltes Programm. Das offen von Politik und Medien geschürte Klima einer wütenden Abrechnung mit der sozialistischen DDR und ihren Verantwortlichen flankiert die aberwitzigen Pläne der Herrschenden, mit militärischen Mitteln eine führende Rolle in der Welt einzunehmen und im Interesse von Rüstungskonzernen und Finanzkapital maximalen Profit zu sichern.

Zum dritten Mal steht für den deutschen Imperialismus ein Krieg gen Osten auf der Tagesordnung. Zu seiner Vorbereitung dienen Sanktionen und Hetze gegen Russland sowie die Bedrohungslüge, im Inneren Deutschlands Meinungsdiktatur, Disziplinierung und Bestrafung. Der Ausgang der Wahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern beweist die Ablehnung einer Politik, die von

Sozialabbau, Verteilung des Reichtums für die oberen Schichten, weltweite Beteiligung an Kriegen und die Militarisierung der Gesellschaft geprägt ist. Für die Menschen und insbesondere für große Teile der ostdeutschen Bevölkerung bestimmen seit der staatlichen Vereinigung Arbeitslosigkeit, Repression, Unsicherheit und Teuerung in allen Bereichen das Leben. In vielen Bereichen hat sich die Lebenslage verschlechtert. Der Kurs der Regierung auf Kriegsvorbereitung und Hochrüstung ist verbunden mit weiteren tiefen Einschnitten in soziale Sicherungssysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie mit dem Abbau demokratischer Rechte. Eines der reichsten Länder der Welt hat es nötig, eine steigende Anzahl von Menschen durch Almosen ein Leben am Existenzminimum zu gewährleisten.

Die sogenannte Reformpolitik der Herrschenden ist in Wirklichkeit ein reaktionärer Umbau von Staat und Gesellschaft gegen die Interessen der Bevölkerung. Sie verletzt grundlegende Menschenrechte auf Frieden, Wohlstand und Demokratie.

**Wir fordern von der deutschen Regierung**

**Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Grundgesetz, dem Einigungsvertrag und dem 2+4 Vertrag, dem Frieden zu dienen, indem Deutschland zum friedlichen Zusammenleben, zur Verständigung der Völker und Staaten und zur vorteilhaften gegenseitigen Zusammenarbeit beizutragen hat**

**Das bedeutet:**

-Schluss mit Kriegsvorbereitung, Kriegspropaganda und Sanktionen gegen Russland

-keine Wiedereinführung der Wehrpflicht

-Beendigung der Unterstützung von Regimen, die grundlegende Menschenrechte mit verbrecherischen Methoden verletzen, wie das Selenski und Netanjahu-Regime

-Keine neuen Raketen für die Aufrüstung

-Beendigung der Stationierung von NATO-Truppen in Deutschland; keine ausländischen Truppen auf ostdeutschem Territorium

-Statt weiterer Erhöhung der Rüstungsausgaben Reduzierung der Ausgaben zugunsten sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Belange

-Stopp und Rückbau der wortbrüchigen NATO-Osterweiterung

**Setzen wir den Kriegswilligen eine geschlossene und einheitliche Friedensfront entgegen. Im Interesse eines breiten Bündnisses lasst uns in diesem Kampf ein gemeinsames Aktionsprogramm erarbeiten und umsetzen.**

**Unter der Losung „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ stellen wir uns gegen die imperialistische Kriegspolitik.**

**Die wichtigste Aufgabe der Gegenwart ist die Verhinderung eines vernichtenden Weltbrandes.**

---

Quelle: https://okv-kuratorium.org/willenserklaerung/
Farbige Hervorhebungen im Text : Redaktion DRA

---

An der Protestveranstaltung teilnehmende Mitglieder unseres Freundschaftsbundes e. V. votierten mit Sinn und Herz für diese Erklärung. Ihnen war es gelungen, je eine Eintrittskarte zu erwerben:

Albrecht, Astrid, Brigitte,
Dr. Eva R., Georg, Gerd B.,
Gerd H., Hans, Renate,
Werner, Boris

## Gemeinsam auf die Schneekoppe

# Grenztreffen im Riesengebirge gegen Faschismus und imperialistische Kriege

Am letzten Augustwochenende, parallel zu den UZ-Friedenstagen in Berlin, sind Antifaschistinnen und Antifaschisten im tschechischen Malá Úpa zum antifaschistischen Riesengebirgstreffen zusammengekommen. Gemeinsam bestiegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter roten Fahnen die Schneekoppe, führten das tschechisch-deutsche Freundschaftstreffen in Voletiny und das Gedenken an die Verbrüderung in Kràlovec durch.

Die Tradition der Riesengebirgstreffen wurde 1996 trotz Konterrevolution wieder aufgenommen. Historisch gewachsen, lebten in den tschechischen Grenzgebieten zum Deutschen Reich und zu Österreich („Sudeten“) Tschechisch, Slowakisch und Deutsch sprechende Menschen friedlich miteinander. Die Faschisten im Deutschen Reich warben und wirkten in den Grenzgebieten hingegen mit dem Anspruch „Deutsche heim ins Reich“ für ein imperialistisches „Großdeutschland“. Im September 1922 trafen sich in Horni Malá Úpa im Riesengebirge erstmals tschechische und deutsche Kommunisten, um gemeinsam über den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und die aufziehende faschistische Gefahr zu beraten. Bis 1933 fanden diese Treffen jährlich mindestens einmal statt und wurden zur Tradition. Die Organisation der Zusammenkünfte lag jeweils bei einer konkreten Struktur, beim RFB, den Freidenkern, NaturFreunden, der KPD oder dem Kommunistischen Jugendverband.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen Riesengebirgstreffens versicherten sich, dass der Kampf gegen Faschismus und imperialistische Kriege Schulter an Schulter geführt werden muss – unter den Fahnen der Kommunisten und der Arbeiterbewegung. Unseren tschechischen Genossen und Freunden waren wir eine Erklärung schuldig, warum wir in diesem Jahr anstatt mit zwei nur mit einem Bus aus der BRD angereist sind. Symbolisch wurden die Mitglieder und Sympathisanten der DKP, die in den Vorjahren mit der deutschen Delegation angereist waren, als anwesend einbezogen und als Teilnehmer der UZ-Friedenstage in Berlin gegrüßt. Es galt in diesem Jahr, eine Kampfaufgabe an zwei Orten wahrzunehmen. Es gilt, Terminüberschneidungen so bedeutsamer Aktionen künftig zu vermeiden. Aber es gab auch neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie versicherten: Wir kommen wieder!

Für den 27. bis 29. August 2027 rufen die deutsche Initiativgruppe im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden, der RFB e. V. und weitere Unterstützer erneut nach Malá Úpa an die Schneekoppe.



(Autor: Gerd Hommel.
Veröffentlicht von *Unsere Zeit* am 16.10.2026, Nummer 42, Sozialistische Wochenzeitung der DKP.
Siehe auch: http//rfb-online.org.)



**Grußwort an die Teilnehmer der internationalen Kundgebung;**
**Gerd Hommel**
**für den Vorstand des Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e. V. OKV und des Vorstandes des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V. RFB**

„Liebe Bürger,
Freunde,
Genossinnen und Genossen,
die ihr Euch hier an den Grenzbauden zur Internationalen Kundgebung im Geiste des Proletarischen Internationalismus versammelt habt,

seid begrüßt als Schwestern und Brüder,

ob aus der tschechischen Heimat, aus Polen, aus der Slowakei oder aus Deutschland oder anderen Landen, ob Christ, Freidenker, Jude oder Moslem oder anders Gläubige, ob Produktionsarbeiter, Bauer, Handwerker, Angestellter, Intellektueller.
Wir sind keine Ausbeuter und nicht gebunden, Profit zu schaufeln.

Was uns eint, sind nicht die Millionen und/oder Milliarden der Superreichen aus der Rüstungsindustrie. Denn sie sind es, die uns mit dem Weltuntergang bedrohen, ob atomar, ob mit konventionellen Panzern, Fluggeräten oder anderem Teufelszeug,
ob als Krieg der NATO, Krieg der EU, 3. Russlandfeldzug des deutschen Imperialismus, zur Zerstörung der russischen Staatlichkeit für die Versklavung der slawischen Bevölkerung, ob als „Koalition der Willigen“ zur Rettung des modernen Faschismus.

Die Eliten des deutschen Imperialismus denken als Revanchisten, und sie nennen schon das Datum für das Losschlagen.

Wir wollen Leben! Deshalb wehren wir uns!

FÜR FRIEDEN UND VÖLKERFREUNDSCHAFT

SEID BEREIT !

(Antwort der Versammelten: immer bereit)

Tragt unsere Warnung weiter an noch Gleichgültige, Ängstliche, Unschlüssige ….
Wir, mit ihnen … müssen aus der Niederlage 1989 / 90 lernen:

1945 hatte das deutsche und internationale Kapital militärisch verloren.
Die nicht ausgerotteten Wurzeln wurden wieder zu Raubvögeln (Adler, Geier), zu stählernen Wildtieren (Panter, Leoparden, Puma, Haien …).

Seit 1922 initiierten Kommunisten hier im tschechoslowakischen, deutschen, polnischen Grenzgebiet Aufklärung zu Widerstand: Hände weg von Sowjetrussland, gegen die Lügenpropaganda über die „Schmach von Versailles.“ …

Die Lügen über die Notwendigkeit des Krieges gegen Russland und China sind zu einem noch größeren hässlichen bösen Drachen aufgeblasen.

Weil das mit unserem Wissen und den Erfahrungen vorausschaubar (!) war, begann eine kleine Gruppe Genossen aus Trutnov mit Antifaschisten aus der annektierten DDR 1997 - nach dem konterrevolutionären Abriß des Denkmals am Fuße der Schneekoppe (1994) - die Grenztreffen in der Tradition des proletarischen Internationalismus hier fortzusetzen, um vor dem zu warnen, was heute Fakt ist.

Ich war dabei. Ich vertrat die Tochter Ernst Thälmanns - Irma, die das KZ Ravensbrück überlebt hatte, aber zu der Zeit erblindete und die Reise nach Trutnov nicht antreten konnte.

Ich bin hier wohl der einzige Lebende, der diese Geschichte bezeugen kann. Ich will an diese Genossen, Gefährten wie Jaroslav Petr, Bruno Fišer, Karel Buben, Marketa Jakubcova, Irma Martinovska, Lothar Häupl, Wolfgang Ludwig, Wolfgang Nicolas und ungenannte erinnern. Sie haben eine Bewegung des antifaschistischen Kampfes für Frieden und Völkerverständigung, für das Leben ausgelöst. Ich verneige mich vor ihnen, die heute nicht mehr kämpfend unter uns sein können. Danke sage ich meinem Genossen und Bruder, Jaroslav Ondracek.

Mit unserer Bewegung der Grenztreffen haben wir neue Kämpfer gewonnen. Der Revolutionäre Freundschaftsbund e.V. RFB, die Bruderorganisation Klub des Tschechischen Grenzlandes KČP, die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung GRH wurden zu organisatorischen Stützen, an der Seite von Kommunisten ihrer Länder und mit deren Hilfen die Reihen der Kriegsgegner stärker zu machen.

Was uns deutsche Antifaschisten stärkt, ist das Wirken des Kuratorium Ostdeutscher Verbände OKV, in dem wir orientierende und organisierende Verbündete haben und mit einer Initiativgruppe vertreten sind, die Kreisorganisationen KSČM und KČP bei der Organisation der Grenztreffen zu unterstützen.

Schwestern und Brüder,
ich will mit Worten aus dem aktuellen Dokument des Kuratoriums Ostdeutscher Verbände meine Erinnerungen und Mahnungen beenden:

An alle, alle, alle:

„WEG MIT DEN SANKTIONEN!
FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT!

An die Mitmenschen, die noch Abseits stehen:
Wollen Sie frieren, hungern und dürsten?
Wenn ja, dann klatschen Sie Beifall zum Kurs der deutschen Bundesregierung.
Dann beschränken Sie den Bedarf Ihrer Kinder.
Dann nehmen Sie hin, dass Ihre Arbeitsplätze und Ihre Einkünfte nicht mehr ihre Lebensgrundlage bilden.
Dann folgen Sie einem Kriegskurs, der Ihr Leben dauerhaft prägen wird.
Dann wird für sie die Herrschaft des Geldes zur Kriegsherrschaft.
Sie haben schon jetzt keinen Einfluss auf das aktuelle Geschehen in Europa.

ODER:

Sie wollen das alles nicht, dann bekunden Sie ihre Haltung gemeinsam mit anderen Friedenskräften.
Dann gilt wahrhaftige Solidarität zwischen den Menschen des Landes.
Für eine stabile Versorgung mit bezahlbaren Wohnungen, mit erschwinglichen Lebensmitteln und bezahlbarer Energie ohne Profitmaximierung.
Keine deutschen Waffenlieferungen – nirgendwohin!
Schluss mit der Aufrüstung der Bundeswehr!
Wir wollen Frieden mit Russland und China und allen anderen Völkern!
Gegen Sozial- und Demokratieabbau!

Wehren wir uns! Darum weg mit den Sanktionen!
Für soziale Gerechtigkeit!
Damit unsere Erde nicht in Staub gebombt und unbewohnbar wird.
Damit „nie mehr eine Mutter ihren Sohn beweint!“

FÜR DEN FRIEDEN!
FÜR DEN SOZIALISMUS!
SEID BEREIT!“ (Echo der Versammelten: immer Bereit)

……

Fotos vom tschechisch-deutschen Freundschaftstreffen im Gasthof Voletiny:





Es wurden Gesten der Verbundenheit und Freundschaft getauscht, zu böhmischer Live-Musik gesungen, gescherzt und getanzt – wie die Enkelin Ernst Thälmanns, Vera, mit ihrem Mann Wolfgang.





Am Sonntagmorgen:
**Gedenkmeeting im Grenzort Královec:**

Gerd Hommel erinnerte dort am Grenzflüsschen an die große Verbrüderung im Mai 1927 und an das 100.ste **Jubiläum 2027** / der Tausch der roten Banner der Arbeiterbewegung.




## Grüße aus Prag

zur Veröffentlichung über das **Treffen im Riesengebirge gegen Faschismus und imperialistische Kriegspolitik** in *Unsere Zeit*

„Liebe Freundinnen und Freunde,
wir danken Euch herzlich für die Übersendung Eurer Zeitschrift. Wir schätzen diese Aufmerksamkeit sehr und freuen uns, auf diesem Wege Einblick in Eure Tätigkeit und Ansichten zu erhalten.

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit und sind überzeugt, dass sich unsere freundschaftlichen Kontakte auch künftig erfolgreich fortsetzen und vertiefen werden.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Für die Redaktion des „Hraničář“
Ing. Zdeněk Trippé …
Chefredakteur des „Hraničář“

Praha, 18.10.2026
Telefon: +420 731 456 602

## Protest

**gegen die verbrecherische Russophobie.**
**Es bleibt dabei:**
**Russland ist nicht unser Feind.**
**RFB-Mitglieder sind Teil des Widerstandes gegen die imperialistische Politik der Bundesregierung.**








**Das sozialistische CUBA, aufopferungsvoll aufgebaut von den Cubanerinnen und Cubanern, muss erhalten werden, ein**

**- Akt der Menschlichkeit!**

**Auch wir – wie viele unserer Landsleute – bleiben dafür solidarisch.**

**RFB-Mitglieder waren in der größten Aktion im deutschsprachigen Raum mit Unblock CUBA in der Woche vom 12. – 19. September 2026 an dauerhafter Mahnwache und Camp am Brandenburger Tor beteiligt.**

## NEU:

**Zentrale AKTION in Berlin am Sonnabend, 31.Oktober 2026, 14 – 16 Uhr direkt vor der US-Botschaft und dem Brandenburger Tor.**

**Mit Unblock Cuba und junge Welt**

**die Respektierung der Mehrheit der UNO-Staaten umsetzen:**

**Die USA und ihre Vasallen zwingen, die unmenschlichen Blockaden zu beenden:**

# Unblock Cuba: Protestaktion zur UN-Abstimmung

*Aktion mit Flaggen und*

*Luftballons vor dem*

*Brandenburger Tor!*

**31. Oktober 2026**
**14:00 - 16:00**

**Veranstaltungsort:** Platz des 18. März / Brandenburger Tor. Berlin, Deutschland.

Weitere Informationen der Veranstalter zur Organisation der Aktion beachten!

Und die Rosa-Luxemburg-Konferenz vorbereiten!




---

**Revolutionärer Freundschaftsbund e. V. (RFB)** **20.10.2026**

Vorstand

## Zum 108. Jahrestag der Gründung der Tschechoslovakischen Republik (CSR)

Liebe Freunde,
liebe tschechische und slowakische Genossinnen und Genossen,
der Vorstand des Revolutionären Freundschafts-bundes e. V. sendet zu diesem Anlass allen Mit-gliedern und dem Nationalrat des KCP herzliche solidarische Kampfesgrüße der deutschen und tschechischen Mitglieder unseres Freundschafts-bundes.

Mit dem Ende des I. Weltkrieges erlitt das öster-reichische Imperium den vernichtenden Schlag, der das Ende der Monarchie bedeutete. Seine Herrschaft über viele Völker Mittel- und Südosteuropas und deren Ausbeutung war nun Geschichte. Und sie erlöste auch das tschechische und slowakische Volk von Krieg und Besatzung. Der 28. Oktober 1918 brachte die staat-liche Souveränität eures Landes. Das Recht aller Völker, nach eigenen Interessen einen Staat zu führen und aufzubauen, wurde durchgesetzt. Wir übermitteln euch deshalb unsere herzlichen Glückwünsche!

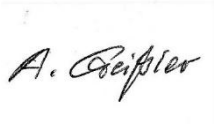
Der Klub des tschechischen Grenzlandes hat sich in den vergangenen Jahren zu einer starken und ent-schlossenen Kraft unter den progressiven Bewegun-gen der Tschechischen Republik entwickelt. Die Mitglieder des Revolutionen Freundschaftsbundes e. V. sind stolz darauf, euch im Bestreben für Frieden,

Völkerfreundschaft und Völkersouveränität an unserer Seite zu wissen! Der Vertrag von Horni Maršov soll auch in Zukunft die Grundlage für unsere enge Zusammenarbeit und Freundschaft sein. Wir wollen ihn weiterhin mit Leben erfüllen!

Angesichts des neuen Wettrüstens und der Gefahr, dass der Krieg in der Ukraine zum Weltkrieg ausgeweitet wird, richtet sich unser gemeinsamer Kampf auf die Sicherung des Friedens.
Angesichts der antirussischen antikommunistischen Hetze in den bürgerlichen Medien unserer Länder nahmen die geschichtsbewußten Teile unserer Völker schon vor Jahren den Kampf gegen die Kriegshysterie des Kapitals und seiner politischen Söldner auf.

Wir wünschen Euch, liebe Freunde und liebe Genossinnen und Genossen, Gesundheit, Kraft und Optimismus zum Erreichen eurer Ziele: Für eine souveräne und starke Tschechische Republik, für Frieden und Abrüstung, für die Erhaltung der sozialen Errungenschaften eurer Völker!

Rot Front!



Albrecht Geißler
Vorsitzender

---



**Geburtstage**

Wir gratulierten / gratulieren unseren Mitgliedern zum Geburtstag

Im September 2026
Dr. Eva R. in Bad Homburg zum 92. Geburtstag
Milan K. in Prag zum 43. Geburtstag

Im Oktober 2026
Astrid H. in Dresden zum 71. Geburtstag
Brigitte K. in Leun zum72. Geburtstag
Angelika Sch. in Dresden zum 74. Geburtstag
Torsten T. in Meißen zum 48. Geburtstag
Hans-Dieter A. in Českě Budějovice zum 73. Geb.
Anna D. in Beroun zum 87. Geburtstag
Jakub H. in Prag zum 40. Geburtstag
Veronica K, in Prag zum 43. Geburtstag
Jiři P. in Beroun zum 89. Geburtstag

Im November 2026
Dieter A. in Chemnitz zum 82. Geburtstag
Christine A. in Dresden zum 74. Geburtstag
Georg. B. in Halle zum 77. Geburtstag
Malte H. in Chemnitz zum 27. Geburtstag
Dietmar R. in Gera zum 79. Geburtstag
Helmut R. in Pößneck zum 88. Geburtstag
Hans-Joachim Sch. in Bautzen zum 75. Geburtstag
Štěpán F. in Prag zum 51. Geburtstag

Der Vorstand wünscht allen Geburtstagskindern Gesundheit und 365 sinnerfüllte Tage im neuen Lebensjahr.

---

## Herzlicher Dank den Spendern für die Unterstützung der politischen Arbeit des RFB:

(anhand der Kontoauszüge für den Zeitraum 1.8.2026 bis 30.9.2026)

| | |
|---|---|
| Werner H., Berlin | 30.00 € |
| Aribert Sch., Berlin | 20.00 € |
| Gerd H., Dresden | 50.00 € |
| Raimon B., Chemnitz | 30.00 € |
| Familie R., Bietigheim-Bissingen | 300.00 € |
| Familie H., Berlin | 50.00 € |

## …für den Fond Malá Úpa:

| | |
|---|---|
| Gerd H., Dresden | 50.00 € |
| Dietmar R., Gera | 50.00 € |
| Reiseteilnehmer Riesengebirge | 255.74 € |

---

Bitte des Vorstandes:
Bei Überweisungen den Verwendungszweck für die Zuordnung ausweisen

- Beitrag (Der Jahresbeitrag beträgt 12.00 €)
- Spende (RFB – Anteil an überwiesenem Gesamtbetrag)
- Spende Fond Mala Upa

---

**Impressum:**

Herausgeber: Vorstand des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V. (RFB).

V.i.S.d.PG: Albrecht Geißler,
Carl-von-Ossietzky-Str. 204, 09127 Chemnitz,
Tel.: 0371-7200098
Email: Al-Gen@t-online.de (Vorsitzender)

Redaktion: Gerd Hommel, Jonsdorfer Straße 20,
AWO-Seniorenzentrum, A – E – 18. 01259 Dresden
Tel.: 0351-2042175 Email: rfb.hommel@arcor.de
(Mitglied des RFB-Vorstandes)

Techn. Bearbeitung der Internetseite:

www.rfb-online.org
Torsten Trentzsch, Email: torsten_t@gmx.de

Weitere Vorstandskontakte:

Astrid Hensel, stellv. Vorsitzende
Email: hensel.astrid@gmx.de

Gerd Brucks, stellv. Vorsitzender
Email: gerd.brucks@yahoo.com

Redaktionsschluss: 30.10. 2026

Konto des RFB e. V.:
IBAN DE41 8505 0300 3120 1302 72
SWIFT-BIC OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse Dresden

Auf dem Überweisungsträger bitte den Verwendungszweck angeben (Jahresmitgliedsbeitrag oder Spende).
Der RFB finanziert sich ausschließlich aus den Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Er beantragt und erhält keine staatlichen Fördermittel und ist nicht korrumpierbar!

---

An die Mitglieder des RFB e. V.

Gesamt -

## Jahresmitgliederversammlung

deutsche und tschechische Sektion

**am 7. November 2026 14 – 18 Uhr**
**Hotel PANORAMA, Teplice**

mit Übernachtungsmöglichkeit und Rahmenprogramm am 7. Und 8. November.

Die Mitglieder wurden nach Satzung individuell über Post oder E-mail eingeladen.
Wen die Einladung nicht erreicht haben sollte, bitte unverzüglich Verbindung mit Vorstand aufnehmen.

---

Die FRIEDENSBEWEGUNG hat das Wort:

Schulstreik – Komitee

Internationale „stopp – the – war – Coalition“

Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“ u. weitere

# Aufruf

**zur Unterstützung des**

# 5. Schulstreiks

**am 20. November 2026**

## Aufruf zu neuen Protestaktionen gegen den Krieg

„Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

„Die Waffen nieder!“ – dieser Ruf ist notwendiger denn je.

In aller Welt werden Kriege geführt und vorbereitet.

In Palästina findet ein Völkermord statt. Israel und die USA bombardieren zahlreiche Länder. Gleichzeitig attackieren die USA nun auch Kuba. Die Bundesregierung eskaliert den Ukraine-Krieg. Sie will Deutschland und Europa für einen direkten Krieg mit Russland kriegstüchtig machen. Das ist mit einem sozialen Kahlschlag, mit der Militarisierung der Gesellschaft und einem Abbau demokratischer Rechte verbunden. Und als Nächstes sollen dann junge Menschen, für die eine Wehrpflicht eingeführt wird, für diese Kriege töten und sterben.

Doch allerorten regt sich Widerstand.

Schülerinnen und Schüler streiken und protestieren in Frankreich, Albanien, Italien, Belgien, Zypern, Österreich und hier in Deutschland. Hunderttausende gehen für ihre sozialen Rechte auf die Straße. Überall in Europa. Denn wir wissen: Gemeinsam können wir uns wehren.

Junge und ältere, vereinigt euch!

Die Schulstreiks gegen Wehrpflicht erfahren bereits jetzt eine breite Unterstützung von Einzelpersonen und Organisationen. Um dies sichtbar zu machen, werden jetzt in verschiedenen Zusammenhängen Unterschriften unter einem kurzen Aufruf gesammelt. Das soll dann ab den 8. November 2026 auf Webseiten und in Social-Media-Kanälen veröffentlicht werden.

Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:

*Wir unterstützen die Schulstreiks gegen Wehrpflicht. Gemeinsam mit den streikenden Schülerinnen und Schülern fordern wir von der Bundesregierung:*

- Nein zur Wehrpflicht! Nein zu Zwangsdiensten!

- Sofortiger Stopp der Musterungen!
- Rücknahme des Wehrdienstmodernisierungsgesetzes!

Bitte unterstützt diese Aktion mit eurer Unterschrift:

Über das Formular besteht zudem die Möglichkeit, die Aktionen der Schulstreikbewegung auch finanziell zu unterstützen.

## Internationale Protesttage

Gleichzeitig mit den Schulstreikkomitees ruft die internationale „Stopp – the – war – Coalition“ zum Protestwochenende für den 20. Bis 22. November auf. Am 20. in der Unterstützung der Schulstreiks, für den 21. Und 22. November zu einem globalen Aktionswochenende gegen die Kriege und für unsere sozialen und demokratischen Rechte. In zahlreichen Ländern wird es große dezentrale Demonstrationen geben. Auf der Internationalen Friedenskonferenz Ende Juni in London waren Vertreter aus fast 30 Ländern, die die Aktionstage verabredet haben. Weitere Infos demnächst:

Webseite der Stopp the war coalition

Dezentrale Aktionen an diesem Wochenende sind auch für Deutschland wichtig, denn am 27. November soll im Bundestag der neue Bundeshaushalt beschlossen werden. Der sogenannte Verteidigungshaushalt hat mit einem Plus von 32,7 Prozent dabei den größten Zuwachs, während überall im Sozialen Bereich gespart wird.

Was müssen wir tun?

Es geht nicht, wie es die Bundesregierung behauptet, um unsere Sicherheit. Es ist die deutsche Regierung, die mit ihren Verbündeten und zur Durchsetzung eigener Interessen einen Krieg vorbereitet. Während wir dafür bluten, sterben und töten sollen, werden damit zugleich die Interessen großer Konzern bedient.

“

---

## Stimmen der Arbeiterklasse

„Genossen,

der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD ruft anlässlich des **internationalen Hafenarbeiter - Aktionstages in über 100 Häfen auf fünf Kontinenten**
am **30. Oktober** zu **Arbeitermärschen gegen den Krieg** auf.

**„Nur der Streik rettet uns Arbeiter!**
**Runter mit der Arbeitszeit!**
**Verbot von Arbeit ohne Lohn!**
**Schluss mit der Waffenproduktion!“**

**Der RFB e.V. ist mit dem Arbeiterbund Mitglied der Internationalen Aktionseinheit „Revolution statt Krieg und Faschismus“**

---

Wie weiter?
Nach Forsa und kompetenten Meinungsforschern: Nur noch jeder 10. Bundesbürger votiert für Bundeskanzler Merz und seine Koalition.

Tiefststand und im Sinkflug.
Tragende Gründe_

- der Lohnabhängigen: Kriegspolitik, Verschuldung, Kürzungen Soziales ins Bodenlose
- der Rüstungslobby: zögerliche Umsetzung von „Reformen“ zur Sicherung von Maximalprofit.
-

Rücktritt des Bundeskanzlers und seiner Regierung ist überfällig!

**Eine neue Regierung der Friedenspolitik** ohne Parteifraktionen und Koalitionspoker ist wählbar!

## Brandmauern und Borniertheit: Demokratie auf dem Prüfstand

## Ein Kamenzer im Paul-Löbe-Haus

## Die Friseurmeisterin aus Bad Salzuflen

*Audiatur et altera pars*

## Der Abgeordnete aus Friesland

## Karl Popper und die vermeintlich Guten

## Der ausgebliebene Weltuntergang

## Die Steiermark steht noch

## Die Figur zur Linken

# Berliner Linke im Koalitionsrausch: Durchmarsch auf dem Parteitag

**Rainer Balcerowiak**

*Spiegel*

*Instagram*

**Beschwörung der „Alternativlosigkeit“**

## Nach dem Rausch droht ein schwerer Kater

Meinungsmanipulation 2 11 26

Im Gespräch: Dr. Sabine C. Stebel | Im Visier des Verfassungsschutzes

Deutschland hat sich in ein totalitäres Politsystem gewandelt. Dies können Sie daran erkennen, dass beliebige Kandidaten von Wahlen ausgeschlossen werden können. Für diesen Zweck wird einfach die Verfassungstreue der Kandidaten angezweifelt und das vollkommen ohne Realitätsbezug. Wer also mit seiner Meinung angeeckt ist (z.B. während der Coronazeit) wird aussortiert. Das Beispiel in diesem Gespräch hat nicht etwa ein Mitglied der AfD getroffen, sondern Frau Dr. Sabine Stebel. Sie ist Molekularbiologin und hat auf Basis ihres Fachwissens einiges an unliebsamen Widerstand in ihrer Heimatgemeinde organisiert. Jetzt bei der Wahl zum neuen Bürgermeister erlebte sie eine Odyssee, bei der sie sogar mit Reichsbürgern in Verbindung gebracht wird.

OKV Friedenspolitisches 2 11 26

JB->In der separaten  Anlage „**Der Rote Aufbau**“ – die Mitgliederinformation des OKV-Verbandes Revolutionären Freundschaftsbundes e. V.;
sowie das ISOR-Mitteilungsblatt der TIG Rostock **ISOR extra 11/26**

---

**Programm des bundesweiten Friedensratschlages am 12. und 13. Dez. 2026** *Programmplanung Stand 29.10.2026*
***Widerstand gegen Kriege und Kriegsvorbereitung – Strategien der Friedensbewegung***
**Eröffnungsplenum Samstag**

**12:15 – 14:15 Eröffnungsplenum**
Begrüßung und Moderation: **Willi van Ooyen**

- **Margot Käßmann:** Die Militarisierung der Gesellschaft verhindern

- **Jörg Kronauer:** Geopolitische Veränderungen – Rückblick und Ausblick

- **Thilo Hartmann**: Gewerkschaftliche Sozialproteste und die Rüstungsausgaben

- **Anne Rieger**: Kapitalismus und Kriegsgefahr

- **Lühr Henken:** Deutsche Kriegsvorbereitung und neue Erstschlags-Waffen

**Workshop-Block Samstag 1**
**14:45 – 16:15**
**Thilo Hartmann und Anne Rieger:** Sozialproteste und Rüstungsausgaben (Fortsetzung Plenums-Vorträge)

**Margot Kässmann:** Kirchen und gesellschaftliche Militarisierung (Fortsetzung Plenums-Vortrag)

**Jörg Kronauer und Lühr Henken:** Geopolitik und Globale Kriegsgefahr (Fortsetzung Plenums-Vorträge)

**Jörg Tiedjen und Valentin Zill:** Afrika und Geopolitik der Großmächte *Neokoloniale Konzepte der EU-Staaten und Migration – fremde Militärbasen und politische Entwicklungskonzepte – wachsende Rolle Chinas*

**Frank Deppe:** EU: Weltmacht unter deutscher Führung? *Globaler Abstieg der EU – innerer Zustand und politischer Realitätsverlust – Entwicklung der deutschen Rolle in der EU*

**Workshop-Block Samstag 2**
**16:30 – 18:00**

**Jürgen Wagner:** Militarisierung in Deutschland *Deutsche Aufrüstung – zivil-militärische Zusammenarbeit – „Kriegstüchtig an allen Fronten"*

**Ulli Schneider:** Rechtsentwicklung in der EU *Trends aus zurück liegenden und anstehenden Wahlen – Gemeinsamkeiten und Spaltungslinien bei Parteien der extremen Rechten – Einflussnahme auf Regierungspolitik und Widerstand*

**Karin Leukefeld:** Aktuelle Konflikte in Westasien und globale Wirkungen *Konfliktherde: Gaza, Westjordanland, Libanon, Jemen, Iran – US-Militärpräsenz in der Region – humanitäre Katastrophen und ökonomische Verwerfungen* **Sabine Schiffer**: Meinungsmanipulation, Zensur, Repression und Gegenwehr *Repression gegen Palästinenser und (mangelnde) Solidarität – Zusammenspiel von Politik und Medien – beispielhafte Gegenwehr*

**Juri Kilian und Werner Ruf:** Zivilklauseln an Hochschulen *Widerstand gegen deren Abschaffung am Beispiel der Uni Kassel*

**Podiumsrunde im Plenum: Sozialproteste und Friedensbewegung international**
**18:30 – 20:00**

- **Alain Rouy**, Frankreich
- **Ulrike Eifler,** Deutschland
- **Jeremy Corbyn,** UK (per Video)
- **Sean Conner,** USA (IPB Berlin)

- **Elias Bernhard** (Schulstreik-Bewegung Deutschland)

Moderation: **Nick Papak Amoozegar**

**Weckruf im Plenum Sonntag**
**So. 9:00 – 9:45 N.N.** (Kubanische Botschaft)**:** Kuba und Lateinamerika *US-Wirtschaftskrieg gegen – Rechtsruck in Lateinamerika – Kuba-Solidarität global*
**Workshop-Block Sonntag**

*Schwerpunkt Erfahrungsaustausch – Was tun?*

**So. 10:00 – 11:45 Workshops**
Widerstand gegen militärische Industrieproduktion mit **Thorsten Donnermeier** (IG Metall Vertrauensmann bei VW in Kassel)
Widerstand gegen Militärstandorte und US-Militärbasen *Aktionskampagne „Air Base Ramstein schließen", Neu- und Ausbau von Bundeswehrstandorten, militärische Nutzung ziviler Infrastruktur* mit **Reiner Braun** und **Karl-Heinz Peil**
Widerstand gegen Militarisierung im Gesundheitswesen *Beschäftigte als direkt Betroffene – Sozialproteste – gewerkschaftliche Basisinitiativen* mit **Helmut Lohrer** (IPPNW – angefragt)

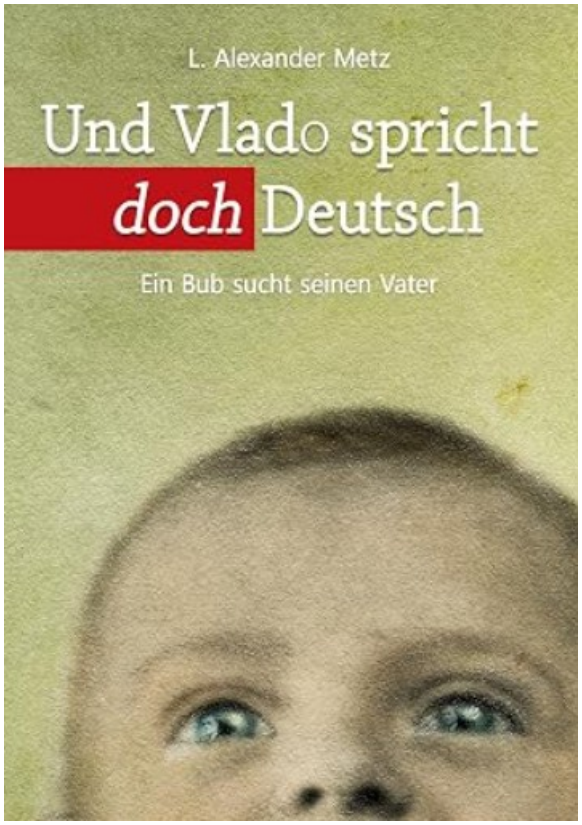
Erfahrungen aus Schulstreikaktionen *Fazit bisheriger Aktionen vor Ort – Gen Z-Bewegung – Aktivitäten in 2027* mit **Pascal Brandt** und **Freya Pillardy**
Erfahrungen mit aktuellen Strukturen der Friedensbewegung *Regionalisierung und dezentrale Aktionen – neue Friedensgruppen und deren Aktivitäten – Ab- und Ausgrenzungen in Bündnissen* mit

**Peter Wahl**
Gesprächsrunde zur praktischen Kuba-Solidarität (an Infoständen)
**Podiumsrunde im Plenum: Widerstand organisieren und vernetzen**

**12:15 – 13:45 In welchen (neuen) Formaten müssen wir Vernetzung, Aufklärung und Aktionen vorantreiben?**
*Sozialproteste und Friedensbewegung – regionale Bündnisse und Spaltungsversuche – neue Jugendbewegungen* auf dem Podium:

Vertreter aus den Workshops Moderation: **Julian Eder**
**Hinweise zu den Referierenden**
in Vorbereitung:
Reiner Braun, Sean Connor, Frank Deppe, Julian Eder, Thilo Hartmnn, Lühr Henken, Margot Käßmann, Jörg Kronauer, Karin Leukefeld, Karl-Heinz Peil, Anne Rieger, Alain Rouy, Sabine Schiffer, Ulli Schneider, Jörg Tiedjen, Valentin Zill

---




Und Vlado spricht doch Deutsch: Ein Bub sucht seinen Vater
von L. Alexander Metz (Autor)

Und Vlado spricht doch Deutsch
Der Bub sucht seinen Vater

Alex, geboren 1946, ist ein Kind der Schande, das Produkt einer verbotenen Liaison zwischen einer deutschen Frau und einem jugoslawischen Kriegsgefangenen.

Von klein auf wünscht sich Alex nichts sehnlicher als einen Vater. Der sei im Krieg gefallen, erzählt ihm seine Mutter. Er glaubt ihr nicht und macht sich nach ihrem Tod auf die Suche nach ihm. In der Hoffnung, ihn noch lebend anzutreffen, führt ihn sein Weg über viele Hindernisse in den Kosovo. Die Begegnung mit seinem Vater wird für ihn zum Schicksal.

Offen und ehrlich schildert der Autor die Sorgen und Nöte eines nur von Frauen erzogenen Jungen beim Suchen, Finden und Entdecken der eigenen Männlichkeit.

Ich schreibe dieses Buch für alle kleinen und großen Kinder, die von ihren Vätern getrennt sind oder ihren Vater suchen.
Ich möchte auch dazu beitragen, dass nie wieder Menschen, die sich lieben, wegen ihrer Herkunft, ihrer Abstammung, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert, ausgegrenzt oder gar getötet werden.

Und Vlado spricht doch Deutsch: Ein Bub sucht seinen Vater eBook : Metz, L. Alexander: Amazon.de: Bücher

L. Alexander Metz – EverybodyWiki Bios & Wiki

JB→In meinem Arbeitsleben habe ich Alexander kennen und schätzen gelernt. Vieles, was ich durch die Zusammenarbeit lernen und wahrnehmen konnte, beeinflusst mein eigenes Handeln bis heute. Dieses autobiografische hier vorgestellte Buch zeigt einige Hintergründe, die ihn und sein Wesen prägten und prägen. Ich bedanke mich bei den Umständen des Lebens in ihm einen Menschen mit zutiefst humanistischer Einstellung kennengelernt zu haben.

---

hier der Ticket-Link zu der Veranstaltung vom Kulturkreis ieben:

https://emma-events.de/?308708576446

Liebe Freunde des KulturKreis Pankow,

am kommenden Donnerstag erwartet euch eine spannende Diskussion:

**Dr. Rainer Rothfuß (AFD) und Dr. Claudia Wittig (BSW)**

im Gespräch mit
**Florian Warweg (Ostdeutsche Allgemeine Zeitung)**
**Für eine neue deutsche Außenpolitik - Frieden mit Russland**

**ACHTUNG, NEUER VERANSTALTUNGSORT! HOTEL EUROSTARS, FRIEDRICHSTR. 99**

TICKETS

Wann: **5.11.2026**

Wo: **Hotel EUROSTARS Berlin**, Friedrichstr. 99, 10117 Berlin

Beginn: **19 Uhr**

Liebe Grüße
Conny vom KulturKreis Pankow e.V.

Politisches 2 11 26

[Im Gespräch: Erich Vad | „Vergeltungsschlag. Wie der Krieg nach Deutschland kommt“]

**Im Gespräch: Erich Vad | „Vergeltungsschlag. Wie der Krieg nach Deutschland kommt“**




---

jw

Liebe Leserin, lieber Leser,

Hardliner aus Polizeigewerkschaften und Politiker wie Bundesinnenminister Dobrindt rufen nach den - überwiegend friedlichen und massenhaften - Protesten von „Gen Z regelt“ vom Samstag nach verstärkter Repression. Dobrindt und Familienministerin Karin Prien sehen bei vereinzelten Ausschreitungen „migrantische Milieus“ am Werk – schon die Wortwahl ist durch und durch rassistisch. Derweil versucht Kanzler Merz, die Bewegung in „berechtigte“ und „linksradikale“ Proteste aufzuspalten. Kristian Stemmler berichtet über die Debatte.
Am Dienstag finden in den USA die Midterm-Wahlen statt. Donald

Trump muss um Mehrheiten für seine Republikaner in den beiden Parlamentskammern bangen, wie Lars Pieck berichtet. Ein Gewinner steht schon jetzt fest: Das US-Kapital. Die New York Times nannte die 20 größten Spender vor den Kongresszwischenwahlen: 20 Menschen oder 0,00001 Prozent der US-Erwachsenen haben zwei Milliarden an Großspenden gegeben. Der Staat ist nicht ihre Beute, sondern ihre Diktatur, kommentiert Arnold Schölzel.
Bangen müssen auch die Menschen im Iran und Mittleren Osten. Denn nach den US-Wahlen drohen erneute Angriffe der USA und Israels auf den Iran. Lars Lange schreibt über den Countdown zum nächsten Iran-Krieg. Derweil zeigt Jörg Kronauer im Kommentar auf, dass es unter Vermittlung Chinas auch ernsthafte Friedensbemühungen im Mittleren Osten gibt.
Eine gute Lektüre wünscht jW-Chefredakteur Nick Brauns

---

**Das Pentagon untersagt den Balten antirussisches Getöse**

Washington hat die NATO-Verbündeten, insbesondere die Regierungen Estlands, Lettlands und Litauens, dazu aufgerufen, ihre öffentliche Rhetorik einer angeblichen "russischen Bedrohung" zu mäßigen. Experten meinen, die übermäßige negative Haltung der Europäer gegenüber Russland sei für Washington zu einem Problem geworden.

*Von Oleg Issaitschenko*

Vertreter des Pentagons haben in den letzten Wochen mehrere NATO-Staaten dazu aufgefordert, sich zurückhaltender über die angebliche Bedrohung durch Russland zu äußern, da solche Äußerungen die Sicherheit Europas untergraben. Dies berichtet die Nachrichtenagentur *Reuters* unter Berufung auf vier informierte Quellen.

Ihren Angaben zufolge sei die Aufforderung insbesondere an Estland, Lettland und Litauen gerichtet. Es ist nicht bekannt, ob Washington ähnliche Appelle an andere europäische Regierungen gerichtet hat. Einer der US-Beamten, der diesen Appell übermittelte, war der Leiter der politischen Abteilung des US-Kriegsministeriums, Elbridge Colby.

Bei einem Treffen mit einem baltischen Politiker betonte er, dass es inakzeptabel sei, die Russen "zu provozieren". Eine der Quellen von *Reuters* zitierte die Botschaft des Pentagon wie folgt:
*"Wir helfen euch. Die US-Amerikaner sind hier. Macht einfach keinen Lärm. Verursacht keinen Wirbel."*

In dem Artikel heißt es, dass die Aufforderung Washingtons bei einigen europäischen Politikern Verwunderung ausgelöst habe. Offiziell haben die USA die Übermittlung der Forderungen nicht bestätigt. Aus dem Pentagon heißt es dazu:
*"Private Gespräche zwischen Verbündeten sind eben nur private Gespräche, daher werden wir diese Vorwürfe nicht kommentieren."*

Die Verteidigungsministerien der drei baltischen Staaten hätten auf die Anfragen der Agentur *Reuters* nicht geantwortet.

Die Rhetorik einer "russischen Bedrohung" ist zu einem festen Bestandteil der öffentlichen Äußerungen einer Reihe europäischer Politiker geworden. Russland wird regelmäßig als "zentrale Herausforderung" für die Sicherheit bezeichnet, und in einzelnen Reden werden Behauptungen über eine angeblich bevorstehende "Aggression" gegen die östlichen NATO-Staaten geäußert. Eine solche Agenda dient als Rechtfertigung für die Aufstockung der Militärhaushalte und den Ausbau von Rüstungsprogrammen.

Im vergangenen Jahr hat Estland Verträge über den Kauf von neun US-amerikanischen HIMARS-Systemen, einschließlich M57-Raketen mit einer Reichweite von bis zu 300 Kilometern, sowie von neun südkoreanischen Chunmoo-Raketensystemen mit vergleichbarer Reichweite, abgeschlossen. Nach Angaben der *Financial Times* stiegen die Rüstungsausgaben des Landes im Jahr 2026 um 42 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro beziehungsweise 5,4 Prozent des BIP.

In dieser Woche teilte der estnische Verteidigungsminister Martin Herem mit, dass das Land im Rahmen des Aufbaus der baltischen Verteidigungslinie etwa 150 Verteidigungsbunker in der an Russland angrenzenden Region Ida-Virumaa errichten wolle. Nach Angaben des Ministers sollen etwa 100 Anlagen auf staatlichem Grund und Boden errichtet werden, weitere 50 auf kommunalen und privaten Grundstücken.

Litauen ergreift angesichts der "russischen Bedrohung" weitreichendere Maßnahmen. Es absolviert Großmanöver, führte die allgemeine Wehrpflicht wieder ein und versucht, US-amerikanische Soldaten wieder auf sein Territorium zurückzuholen. Zudem führt Vilnius Verhandlungen mit Washington über eine mögliche Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen.

Auch Lettland steht diesem Vorgehen in nichts nach. Der Ministerpräsident des Landes, Andris Kulbergs, hat bei der Europäischen Union zusätzliche Finanzmittel beantragt, um Russland "die Stirn zu bieten". Unterdessen ruft die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas dazu auf, "Standhaftigkeit zu bewahren und mehr zu tun", um die Ukraine zu unterstützen. Sie räumte jedoch ein:
*"Obwohl es natürlich immer schwieriger wird, dies unserer Öffentlichkeit zu erklären, da alle dieses Krieges müde sind."*

Die russischen Behörden haben wiederholt erklärt, dass Moskau für niemanden eine Bedrohung darstelle.

Am Vortag hatte der russische Präsident Wladimir Putin auf einer Pressekonferenz zum Abschluss des Russland-Afrika-Forums betont, dass es im Falle eines militärischen Konflikts mit Europa keine Sieger geben werde. Er erklärte:
*"Viele reden nur davon, sich auf einen Krieg im Jahr 2030 vorzubereiten. Ist das richtig oder nicht? Erstens sind wir bereit, aber wir wollen keinen Krieg mit Europa. Und wenn dort jemand einen Krieg will, soll er sich vorbereiten. Aber sie haben ihr Ziel, Russland eine 'strategische Niederlage' zuzufügen, bisher nicht erreicht, und es ist unwahrscheinlich, dass dies bis 2030 möglich sein wird."*

Grigori Karassin, erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten des Föderationsrates Russlands, hebt in einem Kommentar für die Zeitung *Wsgljad* hervor:
*"Bemerkenswert ist, dass die Position Moskaus hinsichtlich des provokativen Charakters der Äußerungen der Staatschefs der baltischen Staaten von der US-amerikanischen Seite unterstützt wird. Das ist ein positives Signal. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich einflussreicher Kreise in den USA und anderen*

*Ländern, hat die Gefahr der antirussischen Rhetorik in Europa nun voll und ganz erkannt."*

Er weist auf die reale Gefahr hin, dass "ein Konflikt von globalem Ausmaß aus dem Nichts" entstehen könnte. Dabei betont er:
*"In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auf die unbesonnenen europäischen Politiker eine mäßigende Wirkung auszuüben. Dabei geht es nicht nur um das Baltikum, sondern auch um Polen sowie eine Reihe weiterer Länder."*

Dabei dürfe die öffentliche Reaktion der russischen Seite nicht übermäßig emotional ausfallen. Karassin merkt an:
*"Europa befindet sich derzeit an einem Scheideweg: Einige lokale Politiker initiieren bereits die Wiederaufnahme eines direkten Dialogs mit Moskau. Sie versuchen, ihre Sichtweise zu grundsätzlichen Fragen mit der russischen Führung zu erörtern. Wir erwarten von Europa weniger Spannungen und mehr gesunden Menschenverstand. Russland würde die Bereitschaft der Alten Welt zur Ausweitung des Dialogs unterstützen, um positive Ergebnisse in den wichtigsten Bereichen zu erzielen."*

Die USA würden seit Beginn des Konflikts einen ausgewogenen Ansatz bei der Unterstützung der Ukraine verfolgen und dabei sorgfältig den Grad der Eskalation beobachten, meint seinerseits Wadim Kosjulin, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter der Diplomatischen Akademie des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen des russischen Außenministeriums. Er erklärt:
*"Das Ziel dieser Strategie ist es, zu verhindern, dass die Konfrontation zu einem globalen Konflikt eskaliert, da mit Russland eine Atommacht daran beteiligt ist. Die US-amerikanische Seite ist sich der Risiken bewusst, die mit einer Provokation Moskaus verbunden wären."*

Dabei würden einzelne Schritte des Westens die Spannungen verstärken. Kosjulin hebt hervor:
*"Eine Reihe westlicher Staaten – vor allem die baltischen Länder – handeln ohne Rücksicht auf mögliche Folgen und beanspruchen die Führungsrolle in der antirussischen Rhetorik für sich. Ein solcher Ansatz ist potenziell gefährlich. Es ist wichtig, die politische Lage richtig einzuschätzen, aber offenbar ist diese Fähigkeit in den baltischen Hauptstädten nicht ausgeprägt."*

Seiner Meinung nach seien die Forderungen der USA an Europa nicht durch eine Reaktion auf Moskaus Warnungen vor einer Schürung militärischer Hysterie bedingt, sondern durch Washingtons eigene Interessen. Der Analyst sagt:
*"Für die Regierung von Donald Trump ist es wichtig, den Konflikt in der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden und einen außenpolitischen Erfolg vorzuweisen. Die Friedensbereitschaft der USA lässt sich sowohl in der Rhetorik als auch in den Handlungen erkennen, unter anderem bei den Maßnahmen, die heute in Aljoschki zu beobachten sind."*

Der Experte hält es für bemerkenswert, dass das Signal an die europäischen Länder über das Pentagon und nicht auf diplomatischem Wege gesendet wurde.

Laut Kosjulin würden die USA auf diese Weise versuchen, den Europäern die konkreten militärischen Konsequenzen ihrer Panikmache vor Augen zu führen. Er präzisiert: *"Es geht um NATO-Mitgliedstaaten, die von einer angeblichen russischen Bedrohung sprechen und die Notwendigkeit betonen, sich bis 2030 auf einen Krieg vorzubereiten. In erster Linie müssen genau diese 'Stimmen' zum Schweigen gebracht werden."*

Eine ähnliche Sichtweise vertritt Stanislaw Tkatschenko, Professor am Lehrstuhl für Europastudien der Fakultät für Internationale Beziehungen der Staatlichen Universität Sankt Petersburg und Experte des internationalen Diskussionsclubs "Waldai". Seiner Einschätzung nach lasse der Fokus der USA auf den Ukraine-Konflikt einerseits allmählich nach, andererseits sei Washington bereit, mit Moskau die Umsetzung einer ganzen Reihe von Projekten in den Bereichen Energie und Verkehr, darunter auch in der Arktis, auszuarbeiten.

Er betont: *"Die These, dass eine umfassende Zusammenarbeit erst nach der Beilegung der Ukraine-Krise beginnen wird, bindet dem Weißen Haus jedoch die Hände.*
*Die USA wollen eine Deeskalation erreichen und schließlich den Friedensschluss verkünden. Ein Bestandteil dieses Prozesses ist eine Änderung der europäischen Haltung hinsichtlich der Bedingungen für die Beendigung des Konflikts, die die ukrainischen Grenzen von 1991 und den Beitritt der Ukraine zur NATO betreffen.*

*Allem Anschein nach hat das Weiße Haus ein umfassendes Programm zur Umsetzung seiner Pläne aufgestellt. Ich gehe davon aus, dass der Abbau der Sanktionen parallel zur Mäßigung der aggressiven europäischen Rhetorik erfolgen wird."*

Tkatschenko hält es für möglich, dass die EU auf den Appell der USA "richtig" reagieren und einen Gang herunterschalten wird, ähnlich wie Kiew zuvor der US-amerikanischen Forderung nach Einstellung der Angriffe auf Ölraffinerien nachgekommen ist. Der Experte erinnert daran, dass die "Hitzköpfe" in der europäischen Öffentlichkeit keine Mehrheit bilden würden. Er bemerkt:

*"Im Baltikum reißen sich für gewöhnlich einige Politiker die Hemden vom Leib und behaupten, dass ein Sieg in einem hypothetischen Krieg gegen Russland nahe sei. Doch diese Äußerungen entsprechen in keiner Weise der Realität und offenbaren lediglich die geistige Beschränktheit der Politiker. Vor diesem Hintergrund fordern die USA, wieder gesunden Menschenverstand in die Politik zu bringen und Russland nicht zu provozieren."*

Kosjulin stimmt dem zu. Seiner Prognose zufolge werden die europäischen Länder der Forderung des Pentagons nachkommen. Er fasst zusammen:
*"Die traditionelle Reaktion Europas auf Anweisungen aus Washington war stets die zügige Umsetzung von Forderungen. Ja, heute ist das Verhältnis zu (US-Präsident Donald) Trump anders als zu früheren US-Präsidenten. Ich denke jedoch, dass der erwähnte Reflex auch dieses Mal greifen wird."*

---

Politisches und Iran 2 11 26

https://uncutnews.ch/55-millionen-aufrufe-tucker-carlsons-warnung-sorgt-weltweit-fur-aufruhr-und-wird-innerhalb-weniger-stunden-millionenfach-gelesen/
22.1.2027

**55 Millionen Aufrufe: Tucker Carlsons Warnung sorgt weltweit für Aufruhr und wird innerhalb weniger Stunden millionenfach gelesen**

Von Tucker Carlson

Unter dem Druck des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu könnte die Trump-Regierung nur noch wenige Tage davon entfernt sein, einen **nuklearen Angriff auf Iran** zu starten.

Das Ziel wäre der Pickaxe Mountain im Zentraliran, wo der israelische Geheimdienst behauptet, die iranische Regierung habe ihr Programm zur Urananreicherung wieder aufgenommen. Keine konventionelle Waffe im amerikanischen Arsenal kann 300 Fuß massiven Granit durchdringen, um die Tunnel zu zerstören, in denen die Anreicherung angeblich stattfindet. Die einzige militärische Option ist ein nuklearer Angriff. Netanjahu drängt mit aller Kraft darauf. „Bibi ruft Trump deswegen jeden Tag an", sagt ein informierter Beobachter.

Netanjahu ist in die Enge getrieben und verzweifelt. Nach den Wahlergebnissen der vergangenen Woche kann er keine Regierung bilden, es sei denn, Trump greift direkt in die israelische Politik ein und vermittelt ein Abkommen mit anderen Parteien, das Netanjahu 61 Sitze in der Knesset verschafft. Andernfalls ist er als Ministerpräsident am Ende und auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit, zu Ermittlungen und möglicherweise ins Gefängnis. Netanjahu muss Trump nahe bleiben. Er braucht diesen Krieg.

Zu diesem Zweck hat er maximalen Druck auf seine engsten Verbündeten innerhalb der Regierung ausgeübt, darunter Verteidigungsminister Pete Hegseth und CENTCOM-Kommandeur Brad Cooper. Beide lehnen eine ausgehandelte Beendigung des Krieges ab, den sie so schwerwiegend fehlgeleitet haben; beide

drängen darauf, die groß angelegten Kampfhandlungen wieder aufzunehmen. Außenminister Marco Rubio und CIA-Direktor John Ratcliffe folgen ebenfalls Netanjahus Linie, ebenso wie die Führung der Demokratischen Partei. Bei einem jüngsten Treffen zu diesem Thema erklärte der ehemalige Präsident Barack Obama, dass er das derzeit in Doha ausgearbeitete Friedensabkommen mit Iran ablehne.

Die übrigen langjährigen Verbündeten der USA im Nahen Osten sind von der Aussicht auf einen weiteren Krieg verängstigt. Am 27. September flog Netanjahu heimlich nach Abu Dhabi, um die Vereinigten Arabischen Emirate für seine Lobbykampagne für einen finalen Angriff auf Iran zu gewinnen. Die Emiratis lehnten ab. Nach acht Monaten Konflikt stehen die Volkswirtschaften der Golfstaaten am Abgrund. Dasselbe gilt für die globalen Energie- und Düngemittelmärkte. Sie werden sich nicht so schnell erholen.

Weltweit gibt es insgesamt etwa 850 Supertanker, die für den Transport von Öl von den Förderländern in den Rest der Welt eingesetzt werden. Allein im Oktober wurden elf davon in der Straße von Hormus schwer beschädigt. Bei diesem Tempo steht eine globale Depression unmittelbar bevor. Ein nuklearer Angriff würde die Zerstörung radikal beschleunigen. Der radioaktive Fallout einer Bodenexplosion am Pickaxe Mountain würde den Persischen Golf verseuchen und die Wasserversorgung von 100 Millionen Menschen vergiften.

Und das sind nur einige der unmittelbaren Folgen für die Region. Der Rest der Welt ist ebenso gefährdet. Kein anderes Land außer den Vereinigten Staaten hat jemals eine Atomwaffe im Krieg eingesetzt. Einige würden es gerne tun. Ein amerikanischer Nuklearangriff auf Iran würde einen neuen Präzedenzfall schaffen. Die Russen haben bereits mindestens zwei anderen Regierungen mitgeteilt, dass ein amerikanischer Nuklearangriff auf Iran ihnen freie Hand geben würde, Atomwaffen gegen die Ukraine einzusetzen. Pakistan und Indien wären versucht, dasselbe gegeneinander zu tun, ebenso Nordkorea gegen Seoul. **Nach dem ersten Nuklearangriff wäre der Dritte Weltkrieg unvermeidlich. Dieser Krieg wäre kurz und endgültig**.

Seit Monaten schlafwandeln wir auf diesen Moment zu. Seit Februar hat die Regierung still und leise Amerikas Nukleardoktrin

umgeschrieben, um den Ersteinsatz sogenannter „Gefechtsfeld-Atomwaffen“ zu erleichtern und damit wahrscheinlicher zu machen. Niemand in Washington, weder in der einen noch in der anderen Partei, scheint sich daran zu stören. Jetzt stehen wir unmittelbar davor.

Aufmerksame Beobachter sagen, Trump werde wahrscheinlich bis zum kommenden Wochenende entscheiden, ob Atomwaffen eingesetzt werden oder nicht. Das wäre der 7. November, also in sechs Tagen. Zu seinen Gunsten muss man sagen, dass er zögert. Im Moment hört Trump auf seinen Vizepräsidenten JD Vance und auf seinen Gesandten und Freund Steve Witkoff, die beide argumentieren, dass ein Abkommen mit Iran möglich sei.

Sie haben recht, auch wenn es nicht einfach sein wird. Die Iraner sind bekanntermaßen unter allen Umständen äußerst frustrierende Verhandlungspartner, und Teile dieser Regierung haben sich weiter radikalisiert, seit Ajatollah Ali Chamenei und seine Familie im Februar getötet wurden. Nach Jahrzehnten der Isolation scheinen selbst vergleichsweise gemäßigte iranische Politiker verwirrt darüber zu sein, wie Entscheidungen im Westen getroffen werden. So ist beispielsweise in Teheran die Ansicht weit verbreitet, dass die Regierung der Vereinigten Staaten Israel kontrolliere.

Insgesamt sagen jedoch Menschen, die mit Entscheidungsträgern in Iran gesprochen haben, dass dort Konsens darüber herrscht, dass ein weiterer Krieg für alle schlecht wäre und dass sich ein Abkommen lohnt.

**Eine Gruppe, die bislang nicht konsultiert wurde, ist die Weltbevölkerung – die Hunderte Millionen Menschen, die zusammen mit ihren Kindern getötet werden würden, wenn Trump von Netanjahu dazu gedrängt wird, in der kommenden Woche einen nuklearen Angriff zu starten. Jetzt wäre der Zeitpunkt für sie, ihre Stimme zu erheben.**

---

Terror Faschismus 2 11 26

anmerkung:
in diesem artikel wird davon gesprochen. dass 70% des territoriums des saporosher gebietes unter russischen kontrolle sind.
ich hatte euch in einem früheren beitrag berichtet, dass lt angaben des russischen verteidigungsministeriums 83,5% unter russischer kontrolle sind

https://www.unsere-zeit.de/gegen-lkw-busse-und-krankenwagen-4819394/
29.10.2026

**Videokonferenz des russischen Außenministeriums beleuchtet ukrainische Drohnenangriffe gegen Saporoshje**
**Gegen Lkw, Busse – und Krankenwagen**

*Von Renate Koppe*

Am 22. Oktober hat eine internationale Videokonferenz, organisiert vom russischen Außenministerium und der Vertretung der Russischen Föderation bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Wien, stattgefunden. Unter den mehr als 150 Teilnehmern aus der ganzen Welt war auch UZ. Das Thema: Die Lage in Saporoshje, eine der im September 2022 durch ein Referendum mit hoher Beteiligung neu der Russischen Föderation beigetretenen Oblaste.

Der Hauptberichterstatter, der aus Lugansk stammenden Sonderbotschafter des Außenministeriums Russlands, berichtete, derzeit befänden sich 70 Prozent des Territoriums unter russischer Kontrolle. Die ukrainischen Angriffe erfolgen derzeit vor allem mittels Drohnen. Die ukrainischen Streitkräfte sind bestrebt, den Verkehr über die Straße R-280 „Noworossija“ zu blockieren. Sie verbindet Rostow am Don mit Mariupol, Melitopol und Simferopol. Damit soll die Versorgung der Region mit Lebensmitteln und weiteren lebensnotwendigen Gütern wie Treibstoff und Medikamenten verhindert werden. Ziel von Drohnenangriffen sind nicht nur Lastwagen, sondern auch Passagierbusse des öffentlichen Verkehrs. Ein vorrangiges Ziel sind auch Versorgungseinrichtungen in den Orten wie Lebensmittelgeschäfte und Tankstellen.

Ein Offizier der russischen Streitkräfte führte aus, dass zwischen Juni und heute 25.000 bis 30.000 Drohnen pro Monat die Oblast Saporoshje angriffen. 2025 waren es noch 4.000 bis 6.000 pro Monat.

Der stellvertretende Chefarzt des Notfallzentrums in Melitopol, Dmitri Churilenko, berichtete über zahlreiche zielgerichtete Angriffe auf Krankenwagen. Bis heute wurden mehr als 30 medizinische Mitarbeiter durch Angriffe verletzt oder getötet. Viele Orte sind bei Notrufen gar nicht erreichbar.

Durch Drohnenangriffe versucht die ukrainische Armee auch, bestimmte Ortschaften vollständig zu isolieren. Dazu gehört die Stadt Energodar in unmittelbarer Nähe des Atomkraftwerks von Saporoshje. Der Bürgermeister der Stadt, Maxim Puchow, berichtete, dass sich Energodar am Rande einer humanitären Katastrophe befinde. Seit Mai habe die Zahl der Drohnenangriffe stark zugenommen. Von Mai bis Oktober wurden so mehr als 300 zivile Fahrzeuge vernichtet. Zielgerichtete Angriffe erfolgen auf die Energieinfrastruktur, also auf Transformatoren und Umspannwerke. Die Stadtteile werden derzeit nur wenige Stunden pro Tag mit Strom und Wasser versorgt. Auch die zentrale Gasleitung wurde beschädigt, sie ist seit anderthalb Monaten außer Betrieb. In der Stadt sind alle Tankstellen und fast alle Lebensmittelgeschäfte zerstört. Selbst die Müllabfuhr wird angegriffen. Etwa die Hälfte der Bevölkerung von ursprünglich 52.000 Menschen hat die Stadt verlassen. Schulunterricht erfolgt online, die Kindergärten sind geschlossen.

Das Saporoshjer AKW ist derzeit nicht in Betrieb. Dort sind im Moment 50 Personen beschäftigt. Der Direktor des Kraftwerks, Juri Tschernytschuk, führte aus, dass es gezielte Angriffe auf das AKW und die Beschäftigten gebe. Dazu gehörten Angriffe auf Busse, die Beschäftigte von und zur Arbeit bringen. Mehr als 25 Mal sei die Stromversorgung des Kraftwerks ausgefallen, was zu Störfällen führen kann, wenn das AKW selbst keinen Strom liefert. Das Reparaturpersonal ist ebenfalls von Drohnenangriffen bedroht.

In diesem Zusammenhang wies der ebenfalls teilnehmende Vertreter der Russischen Föderation bei der Internationalen Atomenergiebehörde IAEO, Michail Uljanow, darauf hin, dass die westliche Seite unter allen Umständen vermeide, die ukrainischen

Angriffe auf das AKW in Saporoshje als solche zu benennen.

Diese Informationen bilden nur einen Ausschnitt der mehr als drei Stunden dauernden Videokonferenz ab. Zwei besonders eindrucksvolle und berührende Aspekte seien noch genannt: An der Videokonferenz nahmen Einwohner betroffener Ortschaften teil, die verletzt wurden und Familienangehörige durch Angriffe ukrainischer Drohnen verloren haben. Sie berichteten über ihren Alltag und ihre Probleme, manchmal unter Tränen. Und es gab Solidaritätsbekundungen aus anderen, ebenfalls von der Kriegs- und Blockadepolitik des Imperialismus betroffenen Ländern: Eine Vertreterin des Außenministeriums von Nicaragua überbrachte die Solidarität mit Russland und besonders mit den Menschen in den von Terrorangriffen betroffenen Regionen. Prof. Julián Villar Barroso von der Universität Havanna, selbst Major der Reserve der kubanischen Armee, und eine weitere Wissenschaftlerin dieser Universität sprachen von Verbrechen gegen die Menschheit und von einem Krieg gegen ein Volk, das seine Identität verteidigen will.

---

Wirtschaftspolitisches 2 11 26

RTDE 2.11.2026

## Sanktionen: Europa blockiert 60.000 Tonnen russischen Dünger für Afrika

Während Europa vor Gefahren für die globale Ernährungssicherheit warnt, bleiben rund 60.000 Tonnen russischer Düngemittel in seinen Häfen blockiert. Russland kritisiert die anhaltenden Hindernisse bei der kostenlosen Lieferung nach Afrika.

Rund 60.000 Tonnen russischer Mineraldünger, die für bedürftige Länder Afrikas bestimmt sind, sitzen wegen der antirussischen Sanktionen weiterhin in europäischen Häfen fest. Dies erklärte Anna Jewstignejewa, stellvertretende Ständige Vertreterin Russlands bei den Vereinten Nationen, gegenüber der Nachrichtenagentur *RIA Nowosti.*

Ursprünglich waren nach Einführung der Sanktionen rund 262.000 Tonnen russischer Mineraldünger in den Häfen Lettlands, Estlands, Belgiens und der Niederlande blockiert worden. Russland hatte bereits 2022 angeboten, die Düngemittel bedürftigen Staaten kostenlos zu überlassen, insbesondere afrikanischen Ländern. Ihre Lieferung werde weiterhin behindert, so Jewstignejewa.

## Mehr als 200.000 Tonnen bereits geliefert

Trotz der Hindernisse ist es Russland seit Einführung der Sanktionen gelungen, mehr als 200.000 Tonnen Düngemittel nach Malawi, Kenia, Nigeria, Simbabwe, Sri Lanka und Bangladesch zu liefern.

Jede dieser Lieferungen stellte jedoch eine eigene Herausforderung dar. Die russische Seite musste zahlreiche bürokratische und finanzielle Hürden überwinden. Dazu gehörten die Zahlung von Steuern, die Lagerkosten für die blockierten Düngemittel, die Schiffscharter, der Umschlag und weitere logistische Dienstleistungen. Selbst die Abwicklung der Zahlungen wurde durch die Sanktionen erschwert.

Jewstignejewa kritisierte zudem, dass die Blockierung russischer

Düngemittel andauere, während europäische Vertreter gleichzeitig vor Gefahren für die globale Ernährungssicherheit warnten und Russland für die Situation verantwortlich machten.

## Russland will Agrarlieferungen nach Afrika ausbauen

Ungeachtet dieser Hindernisse setzt Russland auf den Ausbau seiner Wirtschaftsbeziehungen mit dem afrikanischen Kontinent. Moskau strebt an, den jährlichen Handelsumsatz mit Afrika auf 50 Milliarden US-Dollar zu steigern. Die Perspektiven einer solchen Entwicklung wurden auf dem Dritten Russland-Afrika-Gipfel erörtert, der am 29. Oktober in Moskau zu Ende ging.

Auf der Plenarsitzung des Wirtschafts- und Humanitären Forums "Russland-Afrika" am 28. Oktober erklärte Präsident Wladimir Putin, dass Russland seit Jahresbeginn 13 Millionen Tonnen Agrarprodukte nach Afrika geliefert habe.

Das russische Außenministerium betonte zudem, dass Moskau bereit sei, die in bestehenden Verträgen vorgesehenen Getreidemengen vollständig an afrikanische Länder zu liefern. Dafür könnten alternative Transportrouten genutzt werden.

## Russische Unternehmen interessieren sich für Produktionsstandorte in Afrika

Neben dem Ausbau des Handels gewinnt auch die industrielle Zusammenarbeit an Bedeutung. Putin zufolge sind einige russische Unternehmen daran interessiert, angesichts der verhängten Sanktionen Teile ihrer Produktion auf den afrikanischen Kontinent zu verlagern.

Darüber hinaus wollen russische Unternehmen neue Märkte erschließen, Produktionsstätten in Afrika aufbauen und Technologien transferieren. Gemeinsame Interessen bestehen insbesondere in den Bereichen Investitionen, Infrastruktur, Landwirtschaft, Energie, Bildung und Marktzugang. Die Umsetzung solcher Vorhaben wird allerdings unter anderem durch die internationale Instabilität erschwert.

---